



Aktenzeichen: Pet 1-19-09-7400-047729

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 14.03.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition gefordert, dass Rohstoffe wie Holz und Stahl nicht exportiert werden dürfen.

Zu dieser Thematik liegen dem Petitionsausschuss eine auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe mit 49 Mitzeichnungen sowie 21 Diskussionsbeiträgen und weitere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Behandlung zugeführt werden. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte im Einzelnen eingegangen werden kann.

Zur Begründung der Petition wird im Wesentlichen vorgetragen, dass bestimmte Rohstoffe in Deutschland knapp würden. Es bestehe eine hohe inländische Nachfrage nach Ressourcen wie Holz und Stahl, gleichzeitig würden große Mengen dieser Güter exportiert. Dies führe dazu, dass Handwerker und Baubetriebe Beschaffungsschwierigkeiten ausgesetzt seien. Außerdem bewirke die hohe Nachfrage einen Preisanstieg dieser Rohstoffe. Viele Betriebe seien ohnehin schon durch die pandemische Lage geschwächt, die Ausfuhr und der Preisanstieg der Rohstoffe verschärfe ihre wirtschaftliche Lage weiter. Ein Exportstopp könne Abhilfe schaffen und die Existenz vieler Unternehmen sichern.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter



Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Ausschuss teilt mit, dass bereits das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) der 19. Legislaturperiode gemeinsam mit den Wirtschaftsministerien der Länder die Preisentwicklung für Rohstoffe und Vorprodukte genau beobachtet hat und hierzu auch mit den betroffenen Branchen im Austausch stand.

Der damalige Bundeswirtschaftsminister hat sich anlässlich eines Runden Tisches mit Bauhandwerk, Bauwirtschaft und Holzwirtschaft am 19. Mai 2021 zur Lage auf dem Markt ausgetauscht und Lösungsansätze diskutiert. Auf dieser Basis hat er kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung mit Holz und weiteren Baustoffen unterbreitet (Maßnahmenpapier vom 21. Juni 2021).

Auch im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz von Bund und Ländern im Juni 2021 wurden die im Bereich der Länder liegenden Themen und Lösungsansätze an die Länder adressiert.

In Bezug auf die Entwicklung der Preise weist der Petitionsausschuss darauf hin, dass diese sich grundsätzlich als Reaktion auf Angebot und Nachfrage am Markt bilden. Das kann für einzelne Unternehmen eine große Herausforderung darstellen. Gleichzeitig signalisiert der gestiegene Preis Knappheit und setzt Anreize für neue Anbieter. Zudem ändert sich das Preisverhältnis zu ressourcenschonenden und recycelten Vorprodukten zu deren Gunsten. Der Staat greift in diese Mechanismen nicht ein.

Der Petitionsausschuss betont, dass Exportbeschränkungen in aller Regel nicht das geeignete Mittel sind, um Knappheiten zu beheben. In der Regel kommt es von selbst zu Marktanpassungen, wie einer Ausweitung des Angebots, Substitutionen und ähnlichem. Die Sägewerke in Deutschland haben auf die Preisentwicklung bei Nadel-Schnittholz reagiert und ihre Kapazitäten ausgedehnt. Aktuell wird verstärkt für den vermehrten Einsatz des gleichwertigen, wenn auch möglicherweise verfärbten Kalamitätsholzes geworben. Dies fällt derzeit nach trockenen Jahren und Borkenkäferbefall in großem Volumen an.

Im Übrigen unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) schon seit geraumer Zeit die mittelständische Bauwirtschaft gezielt mit



maßgeschneiderten Angeboten. Das Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum Planen und Bauen und die RG-BAU im RKW-Kompetenzzentrum bieten Information und Beratung speziell für kleine und mittlere Unternehmen der Wertschöpfungskette Bau an. Dabei stehen das produktivere digitale und ressourcenschonende Bauen im Zentrum.

Unternehmen, die durch die Coronapandemie in Schieflage gebracht wurden, konnten die entsprechenden Hilfsangebote (Überbrückungshilfen, außerordentliche Wirtschaftshilfe und Neustarthilfe) in Anspruch nehmen. Viele Unternehmen der Wertschöpfungskette Bau haben dies bereits getan.

Vor diesem Hintergrund vermag der Petitionsausschuss keinen parlamentarischen Handlungsbedarf zu erkennen. Der Petitionsausschuss empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.